

Starke Wirtschaft für ein starkes Mecklenburg-Vorpommern

Mehr Wertschätzung für die Leistungsträger unseres Landes!

M-V – Ein Wirtschaftsstandort mit Potenzial

Die kleinen und mittleren Unternehmen sind die Grundlage unserer Wirtschaft. Um die Vorteile dieser Wirtschaftsstruktur besser zu nutzen, müssen wir kleine und mittlere Unternehmen strukturell stärken. Die Unternehmen brauchen Freiräume, damit sie ihre innovativen Kräfte entfalten und zum Wohlstand des Landes beitragen können. Unser Ziel ist klar: Eine starke Wirtschaft für ein starkes M-V! Was unser Land jetzt braucht, ist eine echte Wirtschaftswende: Wir fordern eine Wachstumsinitiative, die die Kräfte der freien Wirtschaft entfesselt und den Mittelstand stärkt!

Abbau von Regulierung dringend erforderlich

M-V braucht eine deutliche Entschlackung der regulatorischen Vorgaben, die unnötigerweise Ressourcen binden und die Produktivität senken. Bürokratische Belastungen für Unternehmen, Kommunen, Vereine und Verbände haben absolut überhandgenommen. Exemplarisch hierfür steht das von der rot-roten Landesregierung eingeführte Tariftreue- und Vergabegesetz. Unternehmen und Kommunen werden parallel zum Vergabeprozess durch vergabefremde Kriterien wie Tariflohnverpflichtung zusätzlich belastet. Wir Freie Demokraten haben ein schlankes Vergabegesetz nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins vorgelegt, das in fünf Paragraphen auf drei Seiten alles Wesentliche regelt. So geht Bürokratieabbau!

Der Bürokratieabbau braucht konkrete Vorschläge, die wir Freien Demokraten regelmäßig liefern. Um ihn systematisch voranzutreiben, benötigen wir einen Prozess, der Hinweise aus der Praxis aufgreift. Wir fordern eine Meldeplattform für hemmende bürokratische Regelungen. Über diese Meldeplattform kann direkt und unkompliziert auf ein Übermaß an Bürokratie hingewiesen werden. Wer kann dies besser beurteilen als diejenigen, die in der Praxis täglich damit konfrontiert sind. Diese müssen, genauso wie schon lange bestehende Vorschläge, verpflichtend geprüft und abgearbeitet werden. Darauf aufbauend ist ein strukturierter Bericht zum Stand des Bürokratieabbaus vorzulegen. Genauso wichtig ist eine funktionierende Normenkontrolle, um überflüssige Bürokratie bereits im Vorfeld zu verhindern.

Unsere kleinen Unternehmen sind von der überbordenden Bürokratie besonders betroffen. Wir brauchen dringend ein Belastungsmoratorium. Dies kann beispielsweise die temporär begrenzte Aussetzung bestimmter Dokumentations- und Berichtspflichten sein.

Planungs- und Genehmigungsverfahren in unseren Behörden sind deutlich zu entschlacken und zu beschleunigen. Die flächendeckende Einführung von Genehmigungsfiktionen gehört hierzu ebenso wie die durchgängige Digitalisierung sämtlicher Verfahren und zugehöriger Akten. Daten sollten von Behörden nicht mehrfach abgefragt werden müssen. Die Umsetzung des Once-Only-Prinzips steht wie keine andere Maßnahme für Datenvermeidung und Datensparsamkeit. Wir müssen die gesetzlichen Grundlagen schaffen, damit Behörden einmal erhobene Daten nutzen können. Entscheidend ist dabei auch die einheitliche Verwendung von

Begrifflichkeiten, um Rechtssicherheit zu schaffen. Behördliche Dienstleistungen müssen von einem zentralen Ansprechpartner nach dem One-Stop-Shop-Prinzip erbracht werden.

Die Stärken unserer Wirtschaftsstruktur zielgerichtet nutzen

Unsere Wirtschaft ist vor allem kleinteilig strukturiert, egal ob Gastronomie, Einzelhandel oder Handwerk. Diese Unternehmen sind flexibel, resilient und zeichnen sich durch eine hohe Innovationskraft aus. Wir verstehen die Besonderheiten dieser Struktur als Chance und wollen die Potenziale gewinnbringend nutzen.

In M-V schlummert ein enormes Gründungspotenzial, das bislang viel zu wenig beachtet wird. Insbesondere in den Universitäts- und Hochschulstädten Rostock, Greifswald, Wismar, Stralsund und Neubrandenburg hat sich ein kleines, aber dynamisches Start-up-Ökosystem entwickelt. Wir wollen die Rahmenbedingungen für Gründer verbessern. Dazu braucht es steuerliche Anreize, eine Ausweitung der Gründer-Förderung und die Anwerbung von privatem Kapital.

Mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung steht die erste Gründergeneration in Ostdeutschland vor dem Problem, keine Nachfolger für ihre Unternehmen zu finden. Dies gefährdet den Fortbestand des nach der Wiedervereinigung erfolgreich etablierten Mittelstandes. Die Gründe dafür sind vielfältig, ein zentrales Problem in M-V ist jedoch die Finanzierung. Gerade für kleine Unternehmen ist diese auf einen lokalen Kapitalmarkt beschränkt. An dieser Schwachstelle möchten wir ansetzen. Mit Hilfe von zielgerichteten und minimalinvasiven Mitteln soll so der drohende Verfall des Mittelstands verhindert werden.

Um die Unternehmensnachfolge zu sichern, fordern wir einen revolvingierenden Nachfolgefonds mit einem Volumen von 8 Millionen Euro. Dieser soll die Eigenkapitalbasis für Unternehmensnachfolger stärken und somit die Kontinuität und Innovationskraft unserer regionalen Wirtschaft sichern. Darüber hinaus müssen Vorschriften, Verordnungen und Förderprogramme noch stärker auf die Belange von kleinen und mittleren Unternehmen zugeschnitten werden.

M-V hat großes energiepolitisches Potenzial. Insbesondere die erneuerbaren Energien und Wasserstoff bieten erhebliche Chancen für Wertschöpfung und Wachstum. M-V soll nicht nur Transitland sein, sondern eigene Wertschöpfungsketten im Energiesektor aufbauen. Doch obwohl wir zu den größten Energieproduzenten gehören, zahlen unsere Unternehmen und Bürger die höchsten Netzentgelte. Wir fordern, dass dort, wo der Strom produziert wird, auch die günstigsten Preise gelten.

Staatliches Misstrauen abbauen und Unternehmergeist wertschätzen

Wir sehen ein immer stärker ausgeprägtes Misstrauen in unserer Gesellschaft gegenüber der Wirtschaft, der Politik, der Regierung und dem Bildungssystem. Auch der Staat wird immer übergreifender und mischt sich aus vermeintlich wohlmeinenden Gründen immer mehr in private Entscheidungen ein. Mit diesem Rollenverständnis bedient und fördert er dieses Misstrauen weiter. Die Kernaufgaben des Staates sind die Wahrung von Recht, Sicherheit und Ordnung.

Damit gewährleistet er verlässliche Rahmenbedingungen und sichert den Wohlstand. Hierauf muss er sich wieder konzentrieren.

Wirtschaftspolitisch ist das Grundproblem das Misstrauen des Staates gegenüber dem Unternehmertum. Mit der Zeit hat sich in einigen Behörden eine nahezu wirtschaftsfeindliche Grundstimmung etabliert. Diese gilt es durch gezielte Kommunikation und die Straffung von Verwaltungsprozessen aufzubrechen, damit die Behörden wieder als Dienstleister und nicht als Bremsklotz der Wirtschaft fungieren.

Gleichzeitig braucht es eine größere Wertschätzung des Unternehmergeistes in der Bevölkerung. Das fängt schon in der Schule an. Erfolgreiche Unternehmen sind die Basis für Wohlstand. Mit der unternehmerischen Tätigkeit sind Werte wie Initiative, Risikobereitschaft und Verantwortungsbewusstsein verbunden.

Wir wollen eine Kultur des Ermöglichens schaffen. Viel zu oft stellen sich Behörden als Hürde in Verwaltungsverfahren heraus, sei es beim Bauantrag oder bei der Ausstellung von Führerscheinen. Wir wollen, dass Behörden mehr Ermessungsspielräume bei Planungs- und Genehmigungsverfahren nutzen.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken

Eine zentrale Herausforderung ist die langfristige Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Unternehmen brauchen Freiraum und verlässliche Rahmenbedingungen, denn ohne Planungssicherheit erfolgen keine Investitionen. Es geht beispielsweise um flexible Arbeitszeitmodelle und eine Verwaltung, die den Unternehmen auch ein gewisses Grundvertrauen entgegenbringt. Flexible und eigenständig gewählte Öffnungszeiten sind gerade für den Einzelhandel entscheidend, um mit dem Online-Handel konkurrieren zu können.

Vor allem im internationalen Vergleich brauchen wir eine wettbewerbsfähige Steuerinfrastruktur. Dazu gehören eine umfassende Unternehmensteuerreform sowie Verbesserungen und Vereinfachungen aller Steuern. Die Scholz'sche Grundsteuerreform wird nach unserer Auffassung wieder vor dem Bundesverfassungsgericht landen und dort scheitern. Dies bietet die Chance für eine echte Reform zu einer einfachen und gerechten Grundsteuer in der Hand der Kommunen. Bei der Gewerbesteuer muss der Druck von den Kommunen genommen werden, um eine Hebesatzspirale zu verhindern. Mittelfristig sollte sie ersetzt werden, da sie konjunkturanfällig ist und immer weniger an die tatsächliche Leistungsfähigkeit anknüpft. Bei der Umsatzsteuer setzen wir uns unter anderem für eine Umstellung auf eine Ist-Besteuerung und eine Vereinfachung der Ermäßigungstatbestände ein. Zum Beispiel muss die streitanfällige Regelung zur Unterscheidung zwischen dem Verzehr an Ort und Stelle und der Mitnahme abgeschafft werden. Eine temporäre Absenkung oder Stundung der Grunderwerbsteuer kann Anreize für Ansiedlungen steigern und somit langfristig den Standort M-V stärken.

Der Fachkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen für die Unternehmen des Landes. Doch anstatt innovative Lösungen zu entwickeln, verharrt die Landesregierung in alten Verhaltensmustern. Das Ergebnis: Überforderte Behörden mit kurzen Öffnungszeiten und fehlenden Fremdsprachenkenntnissen – so wird das nichts mit den Fachkräften von

morgen! M-V muss im globalen Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte viel aktiver auftreten. Wir fordern daher eine Fachkräftestrategie, die nicht nur auf dem Papier existiert, sondern tatsächlich umgesetzt wird. Behörden müssen internationaler und serviceorientierter werden, um für Fachkräfte aus aller Welt attraktiv zu sein. Denn die Konkurrenz im Ausland schläft nicht: Dort gibt es häufig mehr Digitalisierung in den Behörden und Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse werden schneller erteilt. Deutschland und M-V sind hier bisweilen nicht mehr wettbewerbsfähig. Wir werden das ändern.

Der politisch motivierte Mindestlohn verschärft den Fachkräftemangel, denn er mindert den Anreiz zur Ausbildungsaufnahme. Die aktuelle Ausgestaltung des Bürgergeldes setzt zudem keine ausreichenden Arbeitsanreize. Bei der Verweigerung von Arbeitsaufnahme oder Weiterbildungsangeboten müssen striktere Sanktionen aktivierend eingesetzt werden. Eine weitere Herausforderung bei der Akquise neuer Arbeits- und Fachkräfte ist die steigende Anzahl von jungen Menschen ohne Berufs- und Schulabschluss. Hier müssen wir zusammen mit Schulen, Pädagogen und Berufsschulen ansetzen, um den Ursachen strukturell auf den Grund zu gehen. In der jetzigen Arbeitsmarktsituation, die durch den demographischen Wandel zukünftig noch verschärft wird, sind wir auf jeden Arbeitnehmer angewiesen. Wir setzen uns für die gezielte Stärkung der Berufsschulen ein. Sie müssen sowohl finanziell als auch infrastrukturell deutlich gestärkt werden, denn sie sind unsere regionalen Innovationszentren für die Fachkräfte von morgen. Ziel muss sein, egal ob bei Ausbildung oder Arbeitsaufnahme, einen Rahmen zu schaffen, der aktivierend auf die Menschen wirkt. Leistung muss sich wieder lohnen. Leistungsträger verdienen eine angemessene Wertschätzung, denn sie sind die Basis unseres Wohlstands.

Die Kooperation von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen, insbesondere von Neugründungen, muss noch viel stärker forciert werden, um langfristige Wissens- und Technologietransfer zu ermöglichen. Hier bleibt wahres wirtschaftliches Potenzial auf der Straße liegen! Wir wollen Gründungen in jeder Ecke des Landes ermöglichen und verstehen uns als Wegbereiter für neue Innovationen. Gründer- und Innovationszentren, Coworking-Spaces und individuelle Beratungsangebote für Gründungswillige sind hierbei hilfreiche Instrumente. An den Universitäten und Hochschulen des Landes wollen wir insbesondere den Transfer geistigen Eigentums in unternehmerische Tätigkeiten nach dem Vorbild des Gründerservices der Hochschule Merseburg stärken.

Zudem müssen wir den Standort M-V besser vermarkten. Wir sind nicht nur das Land zum Leben und Urlaubmachen, sondern auch das Land der vielfältigen wirtschaftlichen Potenziale. Wir müssen die Kooperationen mit den Nachbarländern wie Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg, Brandenburg, Polen und Skandinavien ausbauen. Hier bieten sich vielfältige Kooperationsmöglichkeiten innerhalb der Metropolregionen Hamburg, Berlin und Stettin oder auch der Beitritt zur STRING-Kooperation im Ostseeraum an, die sich der Nutzung von Wasserstoff und dem Ausbau nachhaltiger Infrastrukturen verschrieben hat. Die wirtschaftspolitischen Potenziale dieser interregionalen Kooperationen liegen viel zu häufig brach. Wir fordern zudem die Einrichtung von wirtschaftlichen Freiheitszonen, die als stimulierendes Element der Wirtschaftspolitik gerade in strukturschwachen Regionen des Landes eingesetzt werden sollen. In den Freiheitszonen soll ein vereinfachter regulatorischer Rahmen für den Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen werden, beispielsweise durch konsequente Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung. Unser Ziel ist es, mit den erneuerbaren Energien Wertschöpfung vor Ort zu schaffen, damit M-V nicht nur Transitland

für die industriellen Zentren des Westens und Südens wird. Für den Ausbau der Wasserstoff-Infrastruktur wollen wir ein eigenes Landesplanungsbeschleunigungsgesetz auf den Weg bringen, dass die Planung und Genehmigung von Anlagen wie Elektrolyseuren vereinfacht.

Eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur ist die Basis für jedes wirtschaftliche Wachstum. In M-V brauchen wir dringend mehr Investitionen in unsere Infrastruktur – egal ob digitale Netze, Schienen, Straßen oder Ladeinfrastruktur für E-Autos. Hier ist die Landesregierung gefragt. Neben der Pflege bestehender Infrastruktur müssen wir den Ausbau konsequent vorantreiben, um M-V strukturell fit für die Zukunft zu machen.

M-V braucht eine starke Wirtschaft – Handeln wir jetzt!

M-V steht vor einer Reihe von wirtschaftsstrukturellen und -politischen Herausforderungen. Neben dem Mangel an Fach- und Arbeitskräften, sind es insbesondere die hohen Bürokratiekosten und die volatilen Energiepreise, die die unternehmerische Tätigkeit im Land lähmen. Wir brauchen grundsätzlich wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen im Land! Die aktuelle Wirtschaftspolitik von rot-rot ist hier gescheitert.

Ein stärkerer Eingriff des Staates kann nicht die Antwort sein. Es braucht mehr Vertrauen in die Eigenverantwortung der Wirtschaft. Anstatt die Unternehmer mit kleinteiligen Vorschriften wie dem Tariftreue- und Vergabegesetz zu gängeln, sollte die Landesregierung die Wirtschaft machen lassen!

So wie es ist, kann es nicht bleiben. M-V braucht einen klaren wirtschaftspolitischen Kurswechsel: Weniger bürokratische Belastungen, mehr Vertrauen in die Unternehmerschaft, eine stärkere internationale Ausrichtung und eine Kultur des Ermöglichens. Dies erfordert eine Kraftanstrengung des Landes, man kann nicht immer nach dem Bund rufen. Es ist Zeit, das wirtschaftliche Potenzial unseres Landes voll auszuschöpfen. Nur mit einer liberalen, wirtschaftsfreundlichen und innovationsfördernden Politik wird sich das Land langfristig positiv entwickeln. Weniger Bürokratie, mehr Freiräume für Unternehmen und eine kluge Standortvermarktung sind der Schlüssel für mehr Wohlstand, Beschäftigung und Innovation. Dafür steht die FDP-Landtagsfraktion M-V!

Schwerin, 06.09.2024

FDP-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern